





Karlsruher Institut für Technologie Si-
cherheit und Umwelt
Hermann-von-Helmholtz-Platz 1
76344 Eggenstein-Leopoldshafen

Abteilung 5 – Umwelt

Name: Kerstin Schmidhäußler
Telefon: +49 721 926 7475
E-Mail: Kerstin.Schmidhaeusler@rpk.bwl.de

Geschäftszeichen: RPK543-8914-275/4/1
(bei Antwort bitte angeben)

Datum: 20.05.2026

Verwendungszweck:	2605165010592 RPK (Bitte bei Zahlung unbedingt angeben)
Zahlungsempfänger:	Landesoberkasse Baden-Württemberg
IBAN:	DE02 6005 0101 7495 5301 02
BIC:	SOLADEST600
Betrag:	2173,50 EUR
Online-Zahlung:	https://bezahlen-bw.de/lok
Onlinecode:	FE1F
	
	
	

**Durchführung des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) und des Wasserge-
setzes Baden-Württemberg (WG)**

**Antrag des Karlsruher Instituts für Technologie auf Erteilung einer was-
serrechtlichen Erlaubnis nach § 8 WHG zur Versickerung von Nieder-
schlagswasser von Dach- und Hofflächen des Neubaus Gebäude Hover
AMS-Halle Bau 703 am Campus Nord, Flst.-Nr. 1896/14 in das Grundwas-
ser**

Anlage

Antragsunterlagen gesiegelt

Sehr geehrte Damen und Herren,

auf Ihren Antrag vom 19.02.2025, beim Regierungspräsidium elektronisch eingegangen am 20.02.2025, mit Ergänzungen vom 29.01.2026, eingegangen am 06.02.2026 beim Regierungspräsidium Karlsruhe ergeht nach §§ 8 bis 13 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (WHG) folgende

I. Entscheidung

1. Das Karlsruher Institut für Technologie erhält die Erlaubnis, das anfallende Niederschlagswasser der Dach- und befestigten Oberflächen des Neubaus Gebäude Hover AMS Halle 703 am Campus Nord, Flst.-Nr. 1896/14, über Versickerungsmulden (Mulde 1-3) über 30 cm bewachsenen Oberboden in das Grundwasser einzuleiten.
2. Dieser Erlaubnis liegen die unter Ziff. II aufgeführten Antragsunterlagen zu Grunde, die Bestandteil dieser Entscheidung sind. Die Benutzung hat antragsgemäß zu erfolgen, soweit nicht nach den unter Ziffer III. aufgeführten Inhalts- und Nebenbestimmungen eine abweichende Regelung getroffen wird.
3. Die Erlaubnis nach Ziff. I.1 ist **befristet bis zum Ablauf des 31.05.2041**.
4. Für diese Entscheidung wird eine Gebühr in Höhe von **2.173,50€** festgesetzt.

Hinweis:

Die wasserrechtliche Erlaubnis kann gemäß § 18 Abs. 1 WHG jederzeit widerrufen werden.

II. Antragsunterlagen

Diesem Bescheid liegen folgende Unterlagen zu Grunde:

- Anschreiben des KIT Campus Nord vom 19.02.2025 sowie Anschreiben zu den Ergänzungen nach DWA-A-138-1 vom 05.02.2026 (je 1 Seite)
- Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnis zur Versickerung von Niederschlagswasser des Neubau AMS-Halle Bau 703 vom 17.02.2025 mit Ergänzungen vom 29.01.2026 von Wölfing-Seelig, Landschaftsarchitekten/Ingenieure
 1. Erläuterungsbericht (2 Seiten)
 2. Zusammenstellung der Flächen- und Einzugsgebietsdaten (1 Seite)
 3. Fachtechnische und Hydraulische Berechnung (1 Seiten)
- Anlagen:
 - Anlage 0: Regenspende KOSTRA-DWD (2 Seite)
 - Anlage 1: Tabellarische Aufstellung aller angeschlossenen Flächen und Bewertungsverfahren nach Merkblatt DWA M-153 (11 Seiten)
 - Anlage 2: Dimensionierung der Versickerungsanlagen nach DWA-A 138 (12 Seiten)
 - Anlage 3: Überflutungsnachweis gem. DIN 1986-100 (1 Seite)
 - Anlage 4: Übersichtslageplan in DIN A4 M 1:10.000

Anlage 5: Lageplan

M 1:500

Anlage 6 Grundriss mit Schnittzeichnung der Versickerungsmulde

M 1:100/1:50

III. Inhalts- und Nebenbestimmungen

1. Allgemein

- 1.1 Beginn der Erstellung der Versickerungsmulden sind dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3 (Kerstin.Schmidhaeussler@rpk.bwl.de) sowie dem Betriebesachbearbeiter (Wolfgang.Duerr@rpk.bwl.de) und dem Landratsamt Karlsruhe, Amt für Umwelt- und Arbeitsschutz, mindestens eine Woche im Voraus elektronisch mitzuteilen.
- 1.2 Nach Fertigstellung der Versickerungsmulden hat der/die verantwortliche Bauleiter/-in dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3 (Kerstin.Schmidhaeussler@rpk.bwl.de) und dem Betriebesachbearbeiter (Wolfgang.Duerr@rpk.bwl.de), innerhalb von 4 Wochen schriftlich zu bestätigen, dass das Vorhaben antrags- und entscheidungsgemäß ausgeführt wurde (Fertigstellungsanzeige). Mit der Fertigstellungsanzeige sind folgende Dokumente vorzulegen;
 - Die Lage der beantragten Versickerungsanlagen ist in den Übersichtslageplan des KIT über die Versickerungsanlagen mit aufzunehmen und vorzulegen.
 - Die gutachterliche Bestätigung der Materialeigenschaften sowie die Nullprobe gemäß Nebenbestimmung Ziffer III 3.4 vorzulegen.
- 1.3 Jede Änderung der Flächennutzung sowie Änderungen, die sich auf die Qualität und Quantität des Abflusses auswirken (z. B. Änderung der Flächenbelastung, Dacheindeckung/-aufbauten oder Behandlungsanlage) oder für das Grundwasser von Bedeutung sein können, sind vorher dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3, mitzuteilen.
- 1.4 Zur Einhaltung der für die Bauausführung maßgebenden Bestimmungen dieser Entscheidung sind die beauftragten Firmen sowie die Bauleitung vor Beginn der Bauausführung von diesen in Kenntnis zu setzen.
- 1.5 Nachträgliche Änderungen an den Versickerungsmulden, wie z. B. der Austausch von Bodenschichten, sind vor Ausführung der Arbeiten dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3, mitzuteilen.

Hinweise:

- Das Vorhaben ist antrags- und bedingungsgemäß auszuführen. Im Falle einer baulichen Erweiterung und einer damit einhergehenden Erhöhung der Einleitwassermenge bedarf es ggf. einer neuen wasserrechtlichen Erlaubnis.
- Die Erlaubnisbehörde kann nach § 13 Abs. 1 WHG weitere Inhalts- und Nebenbestimmungen nachträglich sowie zu dem Zweck anordnen, nachteilige Wirkungen für andere bzw. den Wasserhaushalt zu vermeiden oder auszugleichen.
- Im Rahmen der Gewässeraufsicht nach § 100 Abs. 1 S. 2 WHG können Maßnahmen angeordnet werden, um die Erfüllung der Verpflichtungen nach den Vorschriften des WHG, der auf das WHG gestützten Rechtsverordnungen oder landesrechtlichen Vorschriften sicherzustellen oder um Beeinträchtigungen des Wasserhaushalts zu vermeiden oder zu beseitigen.
- Den mit der Gewässeraufsicht betrauten Behörden ist gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 WHG Zutritt zur Baustelle auf dem Betriebsgrundstück während der Betriebszeit zu gewähren, gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 Nr. 5 WHG Zutritt zur Baustelle auf dem Betriebsgrundstück außerhalb der Betriebszeit zu gewähren, sofern die Prüfung zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung erforderlich ist, und gemäß § 101 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 Var. 1 WHG die erforderlichen Auskünfte zu erteilen.
- Die Antragstellerin haftet im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen für alle Schäden oder Nachteile, die infolge der Durchführung der Baumaßnahmen und den Betrieb der Versickerungsanlagen entstehen.
- Bei der Entsorgung oder Verwertung des anfallenden Bodenaushubs sind die abfallrechtlichen Vorschriften zu beachten. Die Beseitigung des Materials sollte hierfür mit der zuständigen Abfallbehörde abgestimmt werden.

2. Allgemeine Baustelleneinrichtung

- 2.1. Die Reinigung von Baugeräten, Baumaschinen, Baufahrzeugen oder Stromgeneratoren sowie die Reparaturen, Wartungsarbeiten oder das Betanken derselben darf nur auf befestigten und gesicherten Flächen erfolgen.
- 2.2. Ausgelaufene wassergefährdende Flüssigkeiten (auch Tropfverluste) sind unverzüglich zu binden, restlos aufzunehmen und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen zu

entsorgen. Hierfür ist vor Ort geeignetes Bindemittel in ausreichender Menge bereitzuhalten.

- 2.3. Werden im Rahmen von Erdarbeiten ungewöhnliche Färbungen und/oder Geruchsbelästigungen wahrgenommen, die auf Bodenverunreinigungen in nicht nur geringfügigen Umfang hindeuten sind die Arbeiten einzustellen und unverzüglich das Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3, sowie das Landratsamt Karlsruhe, Amt für Umwelt und Arbeitsschutz, zu verständigen.
- 2.4. Sofern verunreinigtes Bodenmaterial anfällt, ist dieses tagwasserdicht in abgedeckten Containern oder auf undurchlässigen und überdachten Flächen bis zur Entsorgung zu sichern.

Hinweise:

- Zu Nebenbestimmung Ziff. 2.2: Aufgenommene Tropfverluste sind ordnungsgemäß entsprechen der abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen
- Der Einsatz oder Verbau von auswasch- oder auslaugbaren grundwassergefährdenden Stoffen, insbesondere, wenn sie dauerhaft ins Grundwasser einbinden, ist verboten, § 47 Abs. 1 Nr. 1 WHG

3. Bau der Versickerungsanlage

- 3.1. Die für die Versickerung vorgesehenen Flächen sind vor Verdichtung zu schützen. Während der Bauzeit sind die Ablagerung von Baumaterialien und Erdaushub auf diesen Flächen sowie ein Befahren der Flächen zu vermeiden.
- 3.2. Die Versickerung von Niederschlagswasser darf nur über unbelastete, schadstofffreie Bodenschichten erfolgen.
- 3.3. Die Versickerung von Niederschlagswasser ins Grundwasser darf nur über eine mindestens 30 cm mächtige bewachsene Oberbodenschicht erfolgen. Die obere, bewachsene Bodenzone der Versickerungsmulden hat folgende Eigenschaften vorzuweisen:

Durchlässigkeitsbeiwert k_f	$1 \times 10^{-3} - 1 \times 10^{-6} \text{ m/s}$
pH-Wert	6 - 8
Humusanteil	2 - 10 %

Ton-/Schluffanteil	5 - 20 %
--------------------	----------

Die in der o.g. Tabelle aufgeführten Eigenschaften der Oberbodenschicht sowie die Einhaltung der Vorsorgewerte sind gutachterlich zu bestätigen (Nullprobe).

Der Durchlässigkeitsbeiwert ist **nach Fertigstellung** der Versickerungsmulden zu untersuchen.

Die ordnungsgemäße Errichtung der Versickerungsmulden ist von der ausführenden Bau- firma zu bestätigen (Fertigstellungsanzeige), siehe dazu Ziff. III.1.2.

- 3.4. Die Versickerungsmulden sind mit ortsüblicher Wiesenansaat zu begrünen, um Kolma- tion und Erosion entgegenzuwirken. Hochwüchsige und tiefwurzelnd Pflanzen sind hier- für nicht geeignet und müssen entfernt werden.
- 3.5. Der Antragsteller hat die Versickerungsmulden stets so zu unterhalten, dass ein stö- rungsfreier bzw. ordnungsgemäßer Betrieb jederzeit gewährleistet ist. Etwaige Schäden oder Störungen im Betrieb sind unverzüglich unaufgefordert zu beheben und zu doku- mentieren.
- 3.6. Im Einzugsbereich der Versickerungsmulden sowie auf den angrenzenden unversiegel- ten Flächen sind
 - das Anwenden von Pestiziden oder Herbiziden,
 - Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie Reinigungsarbeiten an Fahrzeugen oder sonstigen mobilen Geräten sowie
 - der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z. B. Bereitstellung zur Entsorgung) ver- boten.
- 3.7. Außerhalb der belebten Oberbodenzone darf im Bereich der Versickerungsanlage nur unbelastetes Bodenmaterial (Klasse 0 im Sinne der Ersatzbaustoffverordnung) für einen eventuellen Bodenaustausch eingebracht werden.

Hinweis:

Um im Falle der Begrünung der Versickerungsmulden mittels Ansaat ein ungestörtes Anwachsen zu ermöglichen, sollte eine Beaufschlagung mit Niederschlagswasser erst dann erfolgen, wenn die Anlagen voll funktionsfähig sind.

4. Betrieb und Wartung der Entwässerungsanlagen

- 4.1. Beim Betrieb der Versickerungsanlagen sind die Vorgaben des Arbeitsblattes DWA-A 138-1 Tabelle E.2, in der zum Zeitpunkt dieser Entscheidung gültigen Fassung, zu berücksichtigen und zu beachten.
- 4.2. Alle Versickerungsanlagen sind stets so zu unterhalten, dass ein einwandfreier und ordnungsgemäßer Betrieb jederzeit gewährleistet ist. Dies umfasst etwa die für einen störungsfreien Betrieb notwendigen Maßnahmen an den Versickerungsmulden, z.B. Mahd einschließlich Entfernen von Mähgut, Laub und Störstoffen (z.B. Müll).
- 4.3. Im Einzugsbereich der Versickerungsanlagen sowie auf den angrenzenden unversiegelten Flächen sind das Düngen und Anwenden von Pestiziden, Wartungs- und Reparaturarbeiten sowie Reinigungsarbeiten an Fahrzeugen oder sonstigen mobilen Geräten sowie der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen verboten.
- 4.4. Der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen auf den versickerungsfähigen Flächen oder im Einzugsbereich der Versickerungsanlagen ist ohne entsprechende Schutzvorkehrungen gegen einen Eintrag dieser Stoffe in den Boden unzulässig.

Hinweis:

Der Einsatz von Tausalzen ist auf den Verkehrsflächen zu vermeiden, stattdessen sollen salzfreie Streusande verwendet werden.

5. Eigenkontrolle und Havariefall

- 5.1. Die Versickerungsanlagen sind mindestens vierteljährlich, Insbesondere nach einer Belastung der Anlagen durch starke Regenereignisse oder starken Schnee- oder Laubfall, auf ihren ordnungsgemäßen Bauzustand, Betriebssicherheit und ihre Funktionsfähigkeit zu überprüfen.
- 5.2. Die für einen störungsfreien Betrieb der Versickerungsmulden notwendigen Unterhaltungsmaßnahmen, z.B. Mahd, einschl. Entfernen von Mähgut, Entfernen von Laub im Herbst, Entfernung von Störstoffen (z.B. Müll), Säuberung des Filters sowie Absaugen der

abgesetzten Stoffe im Absetzschacht sind nach Bedarf (mindestens jedoch halbjährlich) Durchzuführen.

- 5.3. Bei merklicher Reduzierung der Leistungsfähigkeit der Versickerungsanlagen ist die obere Infiltrationsschicht abzuschälen und die ursprüngliche Leistungsfähigkeit entsprechend der Vorgaben des Arbeitsblattes DWA-A 138-1 bzw. dieser Erlaubnis wiederherzustellen. Die Infiltrationsfläche ist vor der erneuten Inbetriebnahme wieder zu begrünen.
- 5.4. Schäden an den Anlagen oder Störungen im Betrieb sind unverzüglich unaufgefordert zu beheben und zu dokumentieren.
- 5.5. Betriebliche Schadensfälle, die Auswirkungen auf das Grundwasser haben können, sind unverzüglich dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3, sowie dem Landratsamt Karlsruhe, Amt für Umwelt und Arbeitsschutz, zu melden.
- 5.6. Für die Versickerungsmulden ist eine Betriebsanweisung mit folgenden Punkten zu erstellen:
- Bestandspläne und Beschreibungen der Anlagen, insbesondere ihrer Funktion- Maßnahmen und Verantwortlichkeiten bei Ausfall und Störungen der Entwässerungsanlagen
 - Sofortnahmen zum Schutz des Grundwassers im Falle einer Havarie (z. B. Verantwortlichkeiten, Aufsaugmittel, etc.)
 - Überwachungs-, Wartungs- und Inspektionspläne gemäß Nebenbestimmungen Nr. 5.1-5.3

Die Beschäftigten sind bei Bedarf, mindestens aber jährlich zu unterweisen. Der Zeitpunkt der Unterweisung ist zu dokumentieren und durch Unterschrift zu bestätigen.

Hinweis:

Die Betriebsanweisung ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe auf Verlangen vorzulegen.

- 5.7. Die Ergebnisse der Überprüfungen (Ziff. III 5.1), ggf. vorgenommene Wartungs- oder Reparaturarbeiten sowie Störungen und besondere Vorkommnisse sind zu dokumentieren und die Dokumentation mindestens 5 Jahre aufzubewahren.

Hinweise:

- Bei wesentlichen Betriebsstörungen sowie bei einem Anfangsverdacht einer eingetretenen schädlichen Grundwasserverunreinigung behält sich die Erlaubnisbehörde zusätzliche Prüfungen sowie notwendige Untersuchungen auf Kosten des Betreibers vor.
- Die Dokumentation nach Ziff. III.2 ist dem Regierungspräsidium Karlsruhe auf Verlangen vorzulegen, § 101 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 WHG.
- Soweit in den Bestimmungen dieser Entscheidung der Begriff „unverzüglich“ verwendet wird, bedeutet dies: „ohne schuldhaftes Zögern“. Die Antragstellerin muss die jeweilige Verpflichtung somit nach Möglichkeit sofort umsetzen.

IV. Begründung

1. Sachverhalt

Das KIT plant auf einem baumbestandenen Grundstück neben Gebäude 712 auf dem Gelände des Campus Nord, Flst.-Nr. 1896/14, Gemarkung Leopoldshafen, den Neubau einer Halle mit Forschungslabor (Neubau Hover AMS-Halle Bau 703). Der Neubau soll zur Untersuchung von Materialproben im Rahmen der Forschung zur Findung eines Endlagers für nukleare Abfälle genutzt werden. Das anfallende Dach- und Oberflächenwasser (von PKW-Stellplätzen, befestigten Flächen um das Gebäude) soll über Versickerungsmulden (Mulde 1-3) bzw. Grünfläche (gelb markierte Flächen) in das Grundwasser versickert werden. Die Dachfläche wird als gefälleloses Retentionsdach (doppellagigen Elastomerbitumenabdichtung, Retentionselemente aus Kunststoff, Bekiesung) ausgeführt, so dass 4 cm Niederschlagswasser temporär angestaut werden kann, der max. Abfluss beträgt 0,8 l/s. Bei einer extremen Notlast wird das Dach über sog. Notspeier in die Grünfläche entwässert. Über ein Fallrohr an der Nordseite des Gebäudes wird das Dachflächenwasser über eine Kastenrinne in die Versickerungsmulde 1 entwässert und dort über mind. 30 cm bewachsene Oberbodenschicht versickert. Der Notüberlauf der Versickerungsmulde ist über die anliegenden Grünflächen geplant, welche so ausgebildet werden sollen, dass das anfallende Wasser auf dem Grundstück gehalten werden kann.

In Versickerungsmulde 2 (nördlich des Gebäudes) und Versickerungsmulde 3 (südlich des Gebäudes) entwässern die befestigten Wege und Stellplätze gesammelt über Kastenrinnen. Ein Teil der befestigten Flächen (Fahrradabstellplatz, Sitzbereich, Bereich für Müllbehälter) entwässern direkt in die jeweils angrenzende Grünfläche (Anlage 6 gelb markierte Flächen).

Die Fassadenrinnen sind an das Kanalnetz angeschlossen.

Mit Schreiben vom 19.02.2025 und Ergänzungen vom 29.01.2026 beantragte das KIT CN die wasserrechtliche Erlaubnis für die Versickerung von Niederschlagswasser der bei dem Neubau des

Gebäudes 703 Hover AMS-Halle anfallenden Dach- und Oberflächenwassers über Versickerungsmulden

2. Rechtsgrundlage

Die Voraussetzungen für die Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnis richten sich nach

- §§ 2 Abs. 1 S. 1 Nr. 3, 8 Abs.1, 9 Abs. 1 Nr. 4, 10, 12, 13, 18, 48, 54 ff, 60 Abs. 1 und 61 des Gesetzes zur Ordnung des Wasserhaushalts (Wasserhaushaltsgesetz - WHG) in der Fassung vom 31. Juli 2009 (BGBl. I Nr. 51, S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176), in Kraft getreten am 7. Juli 2023.
- §§ 48 Abs.1 S. 1 Nr. 3, 80 Abs.1, 82 Abs. 2 S. 1 Nr. 2, 93 Abs. 3 des Wasser-gesetzes für Baden-Württemberg (WG) in der Fassung vom 3. Dezember 2013 (GBl. Nr. 17, S. 389), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 7. Februar 2023 (GBl. S. 26, 43), in Kraft getreten am 11. Februar 2023.

3. Zuständigkeit

Die Zuständigkeit des Regierungspräsidiums Karlsruhe ergibt sich aus den §§ 80 und 82 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 lit. b) WG.

4. Verfahren

Für die Erteilung der unter Ziff. I.1 dieser Entscheidung genannten wasserrechtlichen Erlaubnis hat das Regierungspräsidium Karlsruhe nach pflichtgemäßer Ermessensausübung ein Verfahren nach § 93 Abs. 3 WG durchgeführt. Auf eine Bekanntmachung des Antrags konnte gemäß § 93 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 WG verzichtet werden, da erhebliche Nachteile für andere – wie unter Ziff. IV.5 dargelegt – nicht zu erwarten sind. Bei antragsgemäßigem Ausbau der Versickerungsanlage sind keine Gefährdungen des Grundwassers zu erwarten.

Im Verfahren erhielten die Behörden, deren Aufgabenbereich durch das Vorhaben berührt wird, nach § 93 Abs. 1 WG i.V.m. § 73 Abs. 2 Landesverwaltungsverfahrensgesetz für Baden-Württemberg (LVwVfG) Gelegenheit zur Stellungnahme. Als Behörden bzw. Träger öffentlicher Belange wurde das Landratsamt Karlsruhe, Amt für Umwelt und Arbeitsschutz, beteiligt.

Seitens des Landratsamtes Karlsruhe, Amt für Umwelt und Arbeitsschutz, bestehen gegen das geplante Vorhaben keine Bedenken. Die in der Stellungnahme genannten Auflagen wurden in den Inhalts- und Nebenbestimmungen berücksichtigt.

Die Versickerung von gereinigtem Niederschlagswasser über eine belebte Bodenschicht stellt gemäß §§ 6 ff. UVPG kein UVP-pflichtiges Vorhaben im Sinne des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung dar. Die Benutzungen verfolgen nicht den Zweck der Grundwasseranreicherung, sodass sie nicht im Sinne der Nr. 13.3 der Anlage 1 zum UVPG UVP-(vor-)prüfungspflichtig sind.

5. Rechtliche und fachliche Bewertung

Die Benutzung eines Gewässers bedarf gemäß § 8 Abs.1 WHG der wasserbehördlichen Erlaubnis. Die Einleitung von Niederschlagswasser ins Gewässer bzw. Grundwasser stellt eine solche erlaubnispflichtige Gewässerbenutzung im Sinne von § 9 Abs.1 Nr. 4 Alt. 2 WHG dar. Das Erfordernis der Erteilung einer Erlaubnis zur dezentralen Beseitigung von Niederschlagswasser richtet sich nach §§ 8 Abs.1, 54 Abs. 2 Satz 1, 55 Abs. 2 WHG, § 46 Abs. 3 WG in Verbindung mit der Verordnung des Umweltministeriums über die dezentrale Beseitigung von Niederschlagswasser. Nach § 2 Abs. 1 Nr. 1 der genannten Verordnung darf Niederschlagswasser von Dachflächen in Gewerbe- und Industriegebieten sowie gewerblich oder industriell genutzten befestigten Grundstücksflächen nicht erlaubnisfrei versickert werden, sofern dies nicht in einer bauplanungs- oder bauordnungsrechtlichen Vorschrift bestimmt ist (§ 1 Abs. 1 S. 3 NiedSchlWasBesV). Die Erlaubnis gewährt gemäß § 10 Abs. 1 WHG die Befugnis, ein Gewässer zu einem bestimmten Zweck in einer nach Art und Maß bestimmten Weise zu benutzen.

Gesammelt abfließendes Niederschlagswasser von bebauten oder befestigten Flächen ist Abwasser i. S. v. § 54 Abs. 1 Ziffer 2 WHG. Die Erlaubnis für das Einleiten von Abwasser steht unter der zusätzlichen Erfordernis, dass die Schadstofffracht des Abwassers so gering zu halten ist, wie dies bei Einhaltung der jeweils in Betracht kommenden Verfahren nach dem Stand der Technik möglich ist (§ 57 Abs. 1 Nr. 1), die Einleitung mit den Anforderungen an die Gewässereigenschaften und sonstigen rechtlichen Anforderungen vereinbar ist (§ 57 Abs. 1 Nr. 2) und Abwasseranlagen oder sonstige Einrichtungen errichtet und betrieben werden, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Anforderungen nach § 57 Abs. 1 Nr. 1 und 2 WHG sicherzustellen (§ 57 Abs. 1 Nr. 3 WHG). Diese Anforderungen sind erfüllt.

Das anfallende Niederschlagswasser stammt von Dach- und Hofflächen des Gebäudeneubaus Hover AMS Halle Bau 703. Um einen Schadstoffeintrag ins Grundwasser zu vermeiden, wird das anfallende Niederschlagswasser in den geplanten Versickerungsmulden 1-3 durch das Passieren einer 30 cm-mächtigen bewachsenen Oberbodenschicht ausreichend gereinigt. Der höchste mittlere Grundwasserstand der letzten zehn Jahre liegt bei ca. 106,56 m NHN. Die geplanten Sohlhöhen der Mulden liegen zwischen 109,62 müNN und 109,66 müNN. Damit ist auch der Abstand der Sohle zum MHGW (105,17 mNHN) der letzten zehn Jahre ausreichend vorhan-

den. Das Einzugsgebiet der Versickerungsmulden besteht zum größten Teil aus Niederschlagswasser der Dachfläche, Pflaster mit dichten Fugen der Hofflächen und Parkflächen sowie Asphaltflächen die gering befahren sind. Es ist kein erhöhter Schadstoffeintrag von diesen Flächen zu erwarten. Diese Flächen werden als Hofflächen ohne häufige Fahrzeugwechsel. Die Hof- und Wegeflächen werden gemäß DWA-A 138-1 Tabelle 5 in Belastungskategorie II eingestuft. Das Niederschlagswasser kann über 30 cm belebte Bodenzone versickert werden. Das Dach wird mit einer Bekiesung ausgeführt.

Die Inhalts- und Nebenbestimmungen dieser Entscheidung wurden nach pflichtgemäßem Ermessen nach § 13 Abs. 1 WHG erlassen und dienen den nachfolgend näher bezeichneten Zwecken, die jeweils im Zusammenhang mit der Vermeidung schädlicher Gewässeränderungen oder der Einhaltung übriger öffentlich-rechtlicher Vorschriften stehen. Sie sind jeweils geeignet, diese Zwecke zu fördern, hierzu das mildeste effektive Mittel und bewirken keine Belastungen der Antragstellerin, die erkennbar im Missverhältnis zu den verfolgten Zwecken stehen.

Der Beginn der Bauarbeiten sind dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3 sowie dem Landratsamt Karlsruhe zu Prüf- und Dokumentationszwecken, eine Woche vor Beginn der Bauarbeiten elektronisch mitzuteilen (Ziff. III.1.1).

Das anfallende Niederschlagswasser darf nur über eine 30 cm mächtige bewachsene Boden- oder Substratschicht erfolgen, die für eine ausreichende Schadstoffrückhaltung die in Ziff. III. 3.3 aufgeführten Eigenschaften vorzuweisen hat. Die ordnungsgemäße Errichtung der Versickerungsmulden ist in der Fertigstellungsanzeige gemäß Ziff. III 1.2 zu bestätigen.

Bei den Bauarbeiten ist zu beachten, dass die für die Versickerung vorgesehenen Flächen vor Verdichtung, wie z.B. durch Befahren von Baufahrzeugen oder Lagern von Baumaterialien zu schützen ist (Ziff. III. 3.1).

Um eine dauerhafte, für das Grundwasser schadlose Versickerung nachweisen zu können, sind von der Antragstellerin vor dem Einbau in die Versickerungsmulden die Herkunft sowie die Eigenschaften des Bodenmaterials vorzulegen (Ziff. III. 3.2, 3.3). Beim Nachweis der Einhaltung der Anforderungen der Bodenklasse 0 gemäß der Ersatzbaustoffverordnung kann auf eine weitere Untersuchung des eingebrachten Bodenmaterials als Nullprobe verzichtet werden. Aufgrund der geringen hydraulischen Flächenbelastung der Versickerungsmulden wird auf eine wiederkehrende Bodenuntersuchung der Versickerungsmulden verzichtet. Im Falle von Schadensfällen oder anderer Anzeichen für eine Bodenbelastung behält sich die Behörde vor Bodenuntersuchungen auf Kosten des Betreibers zu verlangen (s. Hinweis nach Ziff. III. 5.5).

Die Nebenbestimmungen 5.1 und 5.2 sind erforderlich, um die dauerhafte Funktionsfähigkeit der Versickerungsanlagen durch die entsprechende Wartung sicherzustellen. Die Ergebnisse der Überprüfungen von ggf. vorgenommenen Wartungsarbeiten sowie Störungen oder besondere Vorkommnisse sind zu dokumentieren (Ziff. III. 5.6). Die Festsetzung von Verboten auf den abflusswirksamen Flächen (Anwenden von Pestiziden, Umgang mit wassergefährdenden Stoffen, Reinigung von Fahrzeugen etc.) sowie deren Reinigung sollen gewährleisten, dass keine Verunreinigung des einzuleitenden Niederschlagswassers über die übliche Flächennutzung hinaus erfolgt (Ziff. III. 3.6). Die in Ziffer III. 5.6 aufgeführten Punkte sind in eine Betriebsanweisung aufzunehmen und die Mitarbeiter über die technischen Details, Wartungs- und Reinigungsintervalle der Versickerungsmulden bei Bedarf mindestens aber jährlich zu unterweisen; vor allem bei einem Havariefall müssen alle Mitarbeiter Kenntnisse über Maßnahmen zum Schutz des Grundwassers haben. Betriebliche Schadensfälle auf den an die Versickerungsmulden und angeschlossenen Flächen, sind unverzüglich dem Regierungspräsidium Karlsruhe, Referat 54.3 sowie dem Landratsamt Karlsruhe zu melden (Ziff. III. 5.5).

Durch die Ziff. III.1.3 - 1.5 wird sichergestellt, dass das Vorhaben und die damit verbundenen Baumaßnahmen antrags- und bestimmungsgemäß und dass - auch spätere - Änderungen in der beabsichtigten Flächennutzung oder Ausführung der Regenwasseranlagen rechtzeitig mit der Erlaubnisbehörde abgestimmt werden.

Die durch die Baumaßnahmen geplanten Errichtung der Versickerungsmulden sind zu Übersichtszwecken dem bestehenden Entwässerungsplan des KIT zu ergänzen (Ziff. III.1.2).

Im Rahmen der Ausübung des Bewirtschaftungsermessens wurden die allgemeinen Grundsätze der Gewässerbewirtschaftung nach § 6 WHG, die besonderen Bewirtschaftungsziele nach §§ 47 f. WHG (Grundwasser) und die durch die Benutzungen berührten Interessen Dritter jeweils berücksichtigt, gewichtet und mit dem Interesse der Antragstellerin an den Benutzungen abgewogen; das Interesse der Antragstellerin an den Benutzungen steht in direktem Zusammenhang mit ihrem erheblichen wirtschaftlichen Interesse an den o.g. baulichen Erweiterungen.

Die wasserwirtschaftlichen Auswirkungen der Benutzungen werden unter Beachtung der festgesetzten Inhalts- und Nebenbestimmungen minimiert, sodass ihnen kein überwiegendes Gewicht gegenüber dem Interesse der Antragstellerin zukommt. Auswirkungen der Benutzungen auf Dritte sind nicht ersichtlich.

Dem Interesse der Antragstellerin an der Ausübung der Benutzungen wird daher Vorrang gegenüber den wasserwirtschaftlichen Auswirkungen gewährt.

Nach alledem wurde dem Antrag auf Erteilung der wasserrechtlichen Erlaubnisse nach pflichtgemäßem Ermessen entsprochen.

Die wasserrechtliche Erlaubnis wird auf 15 Jahre befristet.

V. Kostenentscheidung

Die Antragstellerin trägt die Kosten des Verfahrens. Für die Entscheidung wird eine Verwaltungsgebühr in Höhe von **2.173,50 €** festgesetzt.

Die Kosten- und Gebührenentscheidung beruht auf §§ 1, 3 Nr. 1, 4 Abs. 1, 5 Nr. 1, 7, 12 Abs. 1, Abs. 4 und 16 des Landesgebührengesetzes (LGebG) vom 14.12.2004 (GBl. Nr. 17, S. 895) in der derzeit gültigen Fassung i.V.m. § 1 der Gebührenverordnung des Umweltministeriums (GebVO UM) vom 23.09.2021 (GBl. Nr. 33, S. 869) und Nr. 13.3, des Gebührenverzeichnisses hierzu (GebVerz UM).

Danach kann für die Erteilung einer Erlaubnis im vereinfachten Verfahren nach § 93 Abs. 3 WG nach pflichtgemäßem Ermessen eine Gebühr in Höhe von 50,00 € bis 15.000,00 € festgesetzt werden.

Die Festsetzung der jeweiligen Gebühr innerhalb des vorbezeichneten Gebührenrahmens hat sich zunächst an dem Aufwand der öffentlichen Leistung zu orientieren. Im Übrigen soll die Gebühr die mit der öffentlichen Leistung verbundenen Verwaltungskosten aller an der Leistung Beteiligten decken. Außerdem ist die wirtschaftliche und sonstige Bedeutung der öffentlichen Leistung für den Gebührenschuldner zum Zeitpunkt ihrer Beendigung zu berücksichtigen. Die Gebühr darf nicht in einem Missverhältnis zur öffentlichen Leistung stehen.

Der Aufwand der öffentlichen Leistung der Erlaubniserteilung ist als durchschnittlich einzustufen.

Die zu deckenden Verwaltungskosten ergeben sich aus der Bearbeitungsdauer von 12 Stunden und einem Pauschalsatz von 95,00 € bezogen auf die Laufbahn des höheren Dienstes sowie einer Bearbeitungsdauer von 0,5 Stunden und einem Pauschalsatz von 67,00 € bezogen auf die Laufbahn des mittleren Dienstes bzw. vergleichbarer Tarifbeschäftigter entsprechend der Verwaltungsvorschrift des Finanzministeriums über die Berücksichtigung der Verwaltungskosten insbesondere bei der Festsetzung von Gebühren und sonstigen Entgelten für die Inanspruch-

nahme der Landesverwaltung (VwV-Kostenfestlegung) vom 31. Oktober 2022. Die wirtschaftliche oder sonstige Bedeutung der Erlaubnis für die Antragstellerin wurde gebührenerhöhend berücksichtigt.

Unter Berücksichtigung der vorgenannten Gesichtspunkte wird nach pflichtgemäßer Ermessensausübung eine Verwaltungsgebühr in Höhe von **2.173,50 €** festgesetzt.

Gebühren und Auslagen werden nach § 18 LGebG mit der Bekanntgabe der Entscheidung zur Zahlung fällig. Wird die Gebühr nicht innerhalb eines Monats nach Fälligkeit entrichtet, so ist für jeden angefangenen Monat der Säumnis ein Säumniszuschlag von 1 v. H. des rückständigen Betrages zu entrichten (§ 20 LGebG).

Es wird darauf hingewiesen, dass die Gebührenentscheidung nach § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 der Verwaltungsgerichtsordnung kraft Gesetzes sofort vollziehbar ist. Widerspruch und Anfechtungsklage haben demnach keine aufschiebende Wirkung gegenüber der Gebührenfestsetzung und zwar auch dann nicht, wenn diese Wirkung gegenüber der Sachentscheidung eintritt.

Bitte leisten Sie Zahlungen ausschließlich an die Landesoberkasse Baden-Württemberg, BW-Bank Karlsruhe, IBAN: DE02 6005 0101 7495 5301 02, BIC: SOLADEST600 und geben Sie als Verwendungszweck das oben angeführte Kassenzeichen an. Bei Beträgen bis 5.000 Euro besteht auch die Möglichkeit der Online-Zahlung.

VI. Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Klage bei dem Verwaltungsgericht Karlsruhe, Nördliche Hildapromenade 1, 76133 Karlsruhe erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Kerstin Schmidhäußler

Informationen zum Schutz personenbezogener Daten finden Sie auf unserer Internetseite unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/datenschutzerklaerungen-der-regierungspraesidien-b-w/>
Auf Wunsch werden diese Informationen in Papierform versandt.